

# Medienbeobachtung

18.09.2023

# Inhaltsverzeichnis

- S. 3     **"Die Richtung stimmt, aber die Dimensionen passen nicht"**  
18.09.2023 , OÖNachrichten Seite 2

OÖNachrichten vom 18.09.2023

## **"Die Richtung stimmt, aber die Dimensionen passen nicht"**

### **Landeshauptmann Stelzer (VP) will beim Finanzausgleich deutliche Nachbesserungen vom Bund: "Sonst kommen wir nicht weiter"**

wien/Linz. Es geht um Grundlegendes: Wie viel Geld haben die Länder, Städte und Gemeinden in den kommenden vier bis sechs Jahren zur Verfügung - unter anderem zur Bewältigung von Aufgaben, die in ihren Bereich fallen, darunter ein Teil der Spitalsfinanzierung, Pflege, Kinderbetreuung oder die kommunale Infrastruktur, von Schwimmbädern hin zu Gemeindestraßen.

Und es geht um enorm viel Geld - jährlich derzeit rund 95 Milliarden Euro. Das sind die Einnahmen aus Steuern, die der Bund einhebt und die dann auf die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Städte und Gemeinden aufgeteilt werden. Aktuell beträgt der Verteilungsschlüssel 68 Prozent Bund, 20 Prozent Länder, zwölf Prozent Städte und Gemeinden.

Mit der außerordentlichen Landeshauptleute-Konferenz heute in Wien, an der auch Finanzminister Magnus Brunner (VP) teilnehmen wird, gehen die Verhandlungen über den Finanzausgleich für die Jahre 2024 bis inklusive 2027 (oder länger, auch das ist Verhandlungssache) in die entscheidende Phase.

#### Die Gretchenfrage

Die Gretchenfrage heute wird sein: Kann der Bund sein jüngstes Angebot eines "Zukunftsfonds", über den projektbezogen mehr Geld für bestimmte Bereiche (u.a. Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung) an Länder und Gemeinden fließen soll, nachbessern? Und zwar so, dass diese auf die von ihnen geforderte Änderung des Verteilungsschlüssels verzichten.

Zumindest vorsichtig positiv hatten sich zur Idee des "Zukunftsfonds" die VP-geführten Bundesländer, darunter Oberösterreich, geäußert - eher negativ die SP-geführten Bundesländer. Dort sowie im Städtebund pocht man auf eine grundsätzliche Änderung des Verteilungsschlüssels.

"Unser Zugang ist: Die Richtung stimmt, aber die Dimensionen passen nicht", bekräftigt Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) im OÖN-Gespräch seine Haltung. Gerade in den Bereichen Gesundheit und Pflege seien die Herausforderungen enorm. "Da muss es heute seitens des Bundes schon noch einmal einen großen Schritt geben", sagt Stelzer. "Sonst kommen wir nicht recht weiter."

#### "Patientenströme lenken"

Voraussichtlich nicht bei der LH-Konferenz dabei sein wird heute Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne), neben Brunner der zweite Chefverhandler des Bundes beim Finanzausgleich. Er sei anders als Brunner nicht zur LH-Konferenz eingeladen worden, hieß es am Samstag auf APA-Anfrage aus seinem Ministerium.

Einen Wunsch in Rauchs Richtung äußert Stelzer dennoch. Parallel zum Ausbau der Arztstellen im niedergelassenen Bereich, für den die Sozialversicherungen zuständig seien, brauche es dringend bundesweite Anstrengungen sowie eine effektive Strategie, die Patientenströme so zu lenken, dass die Spitalsambulanzen entlastet werden.

"Derzeit ist bei vielen angelernt: Wenn gesundheitlich etwas auftritt, geht man in die Spitalsambulanz", sagt Stelzer. Das sei aber meist nicht der richtige Ort dafür. Rauch habe entsprechende Maßnahmen zumindest angekündigt.

In Oberösterreich arbeite man schon bezüglich der Patientenlenkung, die Hauptverantwortung sieht Stelzer aber beim Bund. "Sonst erzielt man erst recht nicht die Ergebnisse, die man im Interesse der Patienten haben will - obwohl man in beide Bereiche mehr Geld steckt."

*Bild: Landeshauptmann Stelzer (l.) mit einer Botschaft an Finanzminister Brunner vor dem heutigen Treffen (OÖN/RLB/Strobl)*

Quelle	OÖNachrichten
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Autor:in	Markus Staudinger
Sprache	Deutsch



FP-Chef Kickl: Seine Partei bleibt in den Umfragen auf Platz eins. (APA/AFP/Halada)

## Umfragen: FPÖ zwischen 27 und 32 Prozent

WIEN. Die FPÖ startet in den Umfragen weiter von Platz eins aus in den Herbst. In drei am Wochenende veröffentlichten Befragungen stehen die Freiheitlichen an der Spitze – mit Werten zwischen 27 und 32 Prozent. Dahinter liegen die ÖVP mit Werten zwischen 23 und 24 Prozent und die SPÖ, die auf 21 bis 23 Prozent kommt, fast gleichauf. Ebenfalls kaum Unterschiede gibt es zwischen Neos und Grünen mit Werten von jeweils neun bis zehn Prozent.

Den höchsten Wert erreichen die Freiheitlichen in einer von Unique Research durchgeführten Umfrage für „profil“ mit 32 Prozent. Bei einer Lazarsfeld-Befragung für „Österreich“ kommen sie auf 29 Prozent, bei OGM für den „Kurier“ auf 27 Prozent.

### ÜBERBLICK

#### Bundesschulsprecher kommt aus Schwechat



(Schülerunion/Feik)

WIEN. Marius Hladik (18) aus Schwechat ist am Sonntag zum Bundesschulsprecher für das Schuljahr 2023/24 gewählt worden. In der Bundesschülervertretung erhielt er 20 von 23 Stimmen. Hladik besucht die HTL Rennweg in Wien und gehört wie seine 18 direkten Vorgänger der VP-nahen Schülerunion an.

#### Raab will „echte Wahlfreiheit“ schaffen

WIEN. Familienministerin Susanne Raab (VP) will Vereinbarkeit mit einem Vollzeitberuf zu einem Kriterium bei der Verteilung der zusätzlichen 4,5 Milliarden Euro für Kinderbetreuung machen, kündigte sie in der ORF-Presserstunde an. Ziel sei „echte Wahlfreiheit“.

# „Die Richtung stimmt, aber die Dimensionen passen nicht“

Landeshauptmann Stelzer (VP) will beim Finanzausgleich deutliche Nachbesserungen vom Bund: „Sonst kommen wir nicht weiter“

VON MARKUS STAUDINGER

WIEN/LINZ. Es geht um Grundlegendes: Wie viel Geld haben die Länder, Städte und Gemeinden in den kommenden vier bis sechs Jahren zur Verfügung – unter anderem zur Bewältigung von Aufgaben, die in ihren Bereich fallen, darunter ein Teil der Spitalsfinanzierung, Pflege, Kinderbetreuung oder die kommunale Infrastruktur, von Schwimmbädern hin zu Gemeindestraßen.

Und es geht um enorm viel Geld – jährlich derzeit rund 95 Milliarden Euro. Das sind die Einnahmen aus Steuern, die der Bund einhebt und die dann auf die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Städte und Gemeinden aufgeteilt werden. Aktuell beträgt der Verteilungsschlüssel 68 Prozent Bund, 20 Prozent Länder, zwölf Prozent Städte und Gemeinden.

Mit der außerordentlichen Landeshauptleute-Konferenz heute in Wien, an der auch Finanzminister Magnus Brunner (VP) teilnehmen wird, gehen die Verhandlungen über den Finanzausgleich für die Jahre 2024 bis inklusive 2027 (oder länger, auch das ist Verhandlungssache) in die entscheidende Phase.

#### Die Gretchenfrage

Die Gretchenfrage heute wird sein: Kann der Bund sein jüngstes Angebot eines „Zukunftsfonds“, über den projektbezogen mehr Geld für bestimmte Bereiche (u.a. Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung) an Länder und Gemeinden fließen soll, nachbessern? Und zwar so, dass diese auf die von ihnen geforderte Änderung des Verteilungsschlüssels verzichten.

Zumindest vorsichtig positiv hatten sich zur Idee des „Zukunftsfonds“ die VP-geführten Bundesländer, darunter Oberösterreich, geäußert – eher negativ die SP-geführten Bundesländer. Dort sowie im Städtebund pocht man auf eine grundsätzliche Änderung des Verteilungsschlüssels.

„Unser Zugang ist: Die Richtung stimmt, aber die Dimensionen



Landeshauptmann Stelzer (l.) mit einer Botschaft an Finanzminister Brunner vor dem heutigen Treffen (OÖN/RLB/Strobl)

passen nicht“, bekräftigt Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) im OÖN-Gespräch seine Haltung. Gerade in den Bereichen Gesundheit und Pflege seien die Herausforderungen enorm. „Da muss es heute seitens des Bundes schon noch einmal einen großen Schritt geben“, sagt Stelzer. „Sonst kommen wir nicht recht weiter.“

#### „Patientenströme lenken“

Voraussichtlich nicht bei der LH-Konferenz dabei sein wird heute Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne), neben Brunner der zweite Chefverhandler des Bundes beim Finanzausgleich. Er sei anders als Brunner nicht zur LH-Konferenz eingeladen worden, hieß es am Samstag auf APA-Anfrage aus seinem Ministerium.

Einen Wunsch in Rauchs Richtung äußert Stelzer dennoch. Pa-

rallel zum Ausbau der Ärztstellen im niedergelassenen Bereich, für den die Sozialversicherungen zuständig seien, brauche es dringend bundesweite Anstrengungen sowie eine effektive Strategie, die Patientenströme so zu lenken, dass die Spitalsambulanzen entlastet werden. „Derzeit ist bei vielen angelernt: Wenn gesundheitlich etwas auftritt, geht man in die Spitalsambulanz“, sagt Stelzer. Das sei aber meist nicht der richtige Ort dafür. Rauch habe entsprechende Maßnahmen zumindest angekündigt.

In Oberösterreich arbeite man schon bezüglich der Patientenlenkung, die Hauptverantwortung sieht Stelzer aber beim Bund. „Sonst erzielt man erst recht nicht die Ergebnisse, die man im Interesse der Patienten haben will – obwohl man in beide Bereiche mehr Geld steckt.“



Staatssekretärin Plakolm (VP) im Visier der Grünen (APA/Steinmaurer)

## „Soll ihren Job machen“: Grüne kritisieren Plakolm

WIEN. Ins Visier des grünen Koalitionspartners geriet am Wochenende Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm (VP). Plakolm würde die Anliegen von „hunderttausenden jungen Menschen“ hinsichtlich des Klimaschutzes offenbar „nicht ernst nehmen“, sagte Grünen-Jugendsprecherin Barbara Neßler – und nannte das Verhalten der Regierungspolitikerin aus Oberösterreich „ignorant“.

„Sie soll ihren Job machen und anfangen zu arbeiten“, sagte Neßler. Als Jugendstaatssekretärin hätte Plakolm „mehr als genug zu tun“. Es reiche nicht, „nur für Schlagzeilen zu sorgen“. Verärgert zeigte sich Neßler auch, was Plakolms Agieren in der Debatte über Kindesmissbrauch und Kinderschutz betrifft. Sogar bei einem „so wichtigen und sensiblen Thema“ versuche die Staatssekretärin, politisches Kleingeld zu schlagen. Der Hintergrund: Plakolm hatte Justizministerin Alma Zadic (Grüne) Säumigkeit bei den geplanten Strafverschärfungen bei Kindesmissbrauchsdarstellungen vorgeworfen. Den Grünen zufolge kann der fertige Gesetzesentwurf im Oktober beschlossen werden. Die ÖVP sieht aber noch Nachbesserungsbedarf.

## VP auf Wallfahrt in Sankt Wolfgang

SANKT WOLFGANG. Zur Wallfahrt mit anschließender Tagung in Sankt Wolfgang versammelt heute und morgen VP-Klubchef August Wöginger den VP-Parlamentsklub. Den Segen spenden wird der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Peter Schipka. Schipka ist jener Geistliche, auf den Ex-Finanzministeriums-Generalsekretär Thomas Schmid einst im Auftrag des damaligen Kanzlers Sebastian Kurz („Bitte Vollgas geben!“) Druck ausgeübt hatte, wie in SMS nachzulesen war.

### SICHT DER ANDEREN

VON PETER PLAICKNER



## Die große LH-Konferenzkoalition

Der Finanzausgleich ist leicht erklärt, aber hoch kompliziert. Alle vier bis sechs Jahre verhandeln in Österreich Bund, Länder und Gemeinden, wer wie viel Geld aus den Steuereinnahmen erhält, um seine Aufgaben zu erfüllen. Der Schlüssel dafür liegt aktuell bei 68:20:12. Die regionale Ebene pocht auf eine künftige Verteilung von 60:25:15.

Der kommunale Sektor wirkt wegen der Immobilien-Affäre des im Rücktritt befindlichen Gemeindebund-Präsidenten Alfred Riedl geradezu schmachvoll. Die Länder erscheinen als stärkste Spieler auf dem Feld. Unter Vorsitz von Kärntens Peter Kaiser haben sie Finanz-

minister Magnus Brunner zu einer außerordentlichen LH-Konferenz heute im Wiener Rathaus – (ein)geladen. Ob mit oder Vorsilbe ist eine Interpretationsfrage von formaler und realer Macht in Österreich.

Das Ringen zwischen den Verwaltungsebenen wirft unabhängig von seiner Ursache Schlaglichter auf die Bedeutung von Koalitionen und ihre Optionen. Denn die Länder sind hier vor allem wegen ihrer Einigkeit stark. Wenn's um Geld geht, gibt es eine föderale Eintracht Austria, obwohl sechs verschiedene Partnerschaften dahinterstecken: VP-FP de facto im Proporzsystem von Ober- und Niederösterreich sowie in Salzburg, VP-SP in der Steiermark und

Tirol, SP-VP in Kärnten, SP-Neos in Wien, VP-Grüne in Vorarlberg und nur SP im Burgenland. Doch bei Chefsachen wie Finanzausgleich hat die parteiliche Vielfalt Pause. Da verbinden sich sechs schwarze und drei rote Landeshauptleute sowie die VP- und SP-Domänen Gemeinde- und Städtebund im Team-Match gegen den Bund.

Dass ausgerechnet die tonangebende LH-Konferenz anders als die in der Verfassung erwähnten kommunalen Organisationen formell nicht existiert, ist ein Paradoxon österreichischer Demokratie-Interpretation – quasi der exekutive Ausgleich zum legislativ schwachen Bundesrat. Denn sie gilt als

Österreichs Schattenregierung. Aus diesem Blickwinkel schmälert sie auch die Umfrage-Triumphe der FPÖ. Die stellt keinen Landeshauptmenschen und nur wenige Bürgermeister. Jene der Grünen lassen sich an einer Hand abzählen. Die Neos haben keinen Gemeindechef mehr. Das relativiert prinzipielle rote Absagen an Türkis und intensive schwarze Favorisierung von Blau im Bund. Während die Grünen 2024 dort, in Vorarlberg und mit dem Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi die Exekutiv-Funktionen auf allen Verwaltungsebenen verlieren könnten, ist für die Neos nach ihrem Rausflug in Salzburg bis zur Wien-Wahl

2025 der Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr schon Last Man Standing.

Auch die FPÖ ist weder für ÖVP noch SPÖ als Partner stark genug für die notwendige Neugestaltung Österreichs auf allen Ebenen. Mit und ohne Herbert Kickl fehlen den Blauen dazu Stadt und Land. Auch ungeachtet von Kammern, Gewerkschaften, Industriellenvereinigung ist die einst große Koalition immer noch Österreichs insgesamt dominante Kraft. Der Finanzausgleich wird ein Beweis dafür.

Peter Plaickner ist Politikanalyst und Medienberater mit Standorten in Tirol, Wien und Kärnten.